



Leseprobe aus:

Klaus Schroeder

Kampf der Systeme

Das geteilte und wiedervereinigte Deutschland

Gebunden mit Schutzumschlag und Lesebändchen.

388 Seiten mit Tabellen und Schaubildern. Format 15 x 22,7 cm.

€ 26,00 [D] | ISBN 978-3-95768-217-8



Mehr Informationen zum Buch finden Sie auf:

www.lau-verlag.de

Klaus Schroeder

KAMPF DER SYSTEME

Das geteilte und
wiedervereinigte
Deutschland



**Bibliografische Information
der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese
Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind
im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-95768-217-8

© 2020 Lau-Verlag & Handel KG, Reinbek

Internet: www.lau-verlag.de

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung
und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten.

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form
(durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren)
ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert
oder unter Verwendung elektronischer Systeme gespeichert, verarbeitet,
vervielfältigt oder verbreitet werden.

Umschlagentwurf: pl, Lau-Verlag, Reinbek

Umschlagabbildungen: © Istockphoto/ Naeblys

Satz und Layout: pl, Lau-Verlag, Reinbek

Druck und Bindung: GK Druck Gerth und Klaas GmbH & Co. KG, Hamburg

Printed in Germany

Für Emilio, Leticia, Ben, Emma und Nelian

Inhalt

Vorwort	11
Einleitung	15
I. Das geteilte Deutschland	27
1. Das nationalsozialistische Erbe und die Konstituierung zweier gegensätzlicher Systeme	27
2. Bundesrepublik und DDR: Zwillinge auf getrennten Wegen	36
3. Politische Entwicklungslinien im geteilten Deutschland	41
3.1 Bundesrepublik Deutschland	42
<i>Der Kampf gegen das verhasste System:</i>	
<i>Die studentische Revolte 1968</i>	45
<i>Der doppelte Machtwechsel</i>	48
3.2 DDR	52
<i>Der Volksaufstand im Juni 1953</i>	55
<i>Das DDR-Grenzregime</i>	61
<i>Der Mauerbau</i>	64
<i>Gescheiterte Reformversuche</i>	70
<i>Innerdeutsche Beziehungen</i>	76
4. Grundlagen und Entwicklungslinien der Wirtschaft und der Sozialpolitik im geteilten Deutschland	82
4.1 Bundesrepublik Deutschland	82
<i>Sozialstaat</i>	87
4.2 Die DDR	92
<i>Sozialpolitik</i>	98

5. Soziale Strukturen und Wertewandel	103
5.1 Bundesrepublik Deutschland	103
5.2 DDR	110
II. Schlussbilanz der DDR: Realität und Wunschbilder	127
1. Der Blick auf den Zustand der DDR-Wirtschaft	127
2. Amtsmissbrauch und Korruption	133
3. Wirtschaftskraft, Produktivität und Kaufkraft	136
4. Ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung	143
5. Umweltpolitik und Umweltzerstörung	146
6. Lebensbedingungen und Mentalitäten	150
7. Die Wiederauferstehung der DDR	154
III. Der Weg zur Wiedervereinigung	163
1. Die amerikanische Initiative	165
2. Die Fluchtbewegung	167
3. Die Formierung einer Opposition	170
4. Der Fall der Mauer und die Initiativen der Bundesregierung	175
5. Die außenpolitische Absicherung der Wiedervereinigung	186
6. Von der Diktatur zur Demokratie	188
7. Die Staatsverträge für den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik	193
8. Das Ende der DDR	197

IV. Der Transformationsprozess	203
1. Die Alternativen	203
2. Der wirtschaftliche Absturz und die Arbeitslosigkeit	211
3. Die Wohlstandsexplosion	216
4. Die Kosten der Einheit	223
5. Die Treuhandanstalt als beliebter Sündenbock	229
6. Rückgabe vor Entschädigung	235
7. Der rechtliche Umgang mit dem DDR-Unrecht	237
8. Neue Unternehmer braucht das Land	242
9. Die schnelle Verbesserung der Lebensverhältnisse	244
10. Gewinner und Verlierer der Einheit	250
V. Das Unbehagen in und mit der Wiedervereinigung	257
1. Das Unbehagen an der Demokratie und der Gesellschaftsordnung	257
2. Extremistische Kräfte	274
3. Identitäten und Mentalitäten	277
VI. Fazit: Der Blick zurück und nach vorne	291
1. Das geteilte Deutschland	291
1.1 Politische Entwicklungslinien	291
1.2 Soziale Marktwirtschaft versus zentralistische Planwirtschaft	296
1.3 Amerikanisierung versus Sowjetisierung	299
2. Bilanz eines untergegangenen Staates	303
3. Die unverhoffte Chance zur Wiedervereinigung	305

4. Der Transformationsprozess: Wohlstandsexplosion und hohe Arbeitslosigkeit	308
5. Der unterschiedliche Blick auf Staat und Gesellschaft und die Landsleute	313
6. Die fundamentale Kritik am Wiedervereinigungsprozess	316
7. Die Berliner Republik	319
8. Wer sind wir, was wollen wir?	321
9. Die neue Rolle Deutschlands	328

Anhang	333
---------------	------------

Anmerkungen	335
Verzeichnis der Tabellen und Schaubilder	365
Literaturverzeichnis	367
Personenregister	383

Vorwort

Die Konzeption für dieses Buch entstand im Herbst des Jahres 2019, als noch niemand ahnte, dass eine weltweite Pandemie, verursacht durch das Covid-19-Virus, auch gesellschaftspolitische Diskussionen in Deutschland dominieren würde.

Derzeit – im April 2020 – stehen nicht allein die politischen Auswirkungen und ökonomischen Verwerfungen, hervorgerufen durch das Virus, und Fragen nach einem Ausstieg aus dem verordneten Notstand auf der Tagesordnung, sondern ebenso der unterschiedliche Umgang in den einzelnen Bundesländern mit der Pandemie, der nicht nur der föderalen Struktur der Bundesrepublik geschuldet ist, sondern auch der unterschiedlichen Verbreitung des Covid-19-Virus. Dabei werden, kaum erwartet und thematisiert, erhebliche Ost-West-Unterschiede sichtbar.

Ein Blick auf die Landkarte der Ausbreitung des Virus zeigt erstaunliche Zahlen. Die Inzidenz, d. h. Fälle der Infizierten pro 100 000 Einwohner, liegt in den alten Ländern nahezu durchgängig deutlich höher als in den neuen. Am wenigsten betroffen sind derzeit Mecklenburg-Vorpommern mit 41 und Sachsen-Anhalt mit 63 Fällen, in Bayern und Baden-Württemberg sind es 293 bzw. 259 Fälle. Das einzige westdeutsche Land, das ebenfalls eine vergleichsweise niedrige Betroffenheit aufweist, ist Schleswig-Holstein mit 83 Infizierten. Der Durchschnittswert in Deutschland liegt bei 173. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den registrierten Todesfällen.

Erstaunlicherweise sind Ost-West-Unterschiede auch in Berlin zu beobachten. In den ehemaligen Ostbezirken Marzahn-Hellersdorf (82) und Lichtenberg (68) sind die Auswirkungen des Virus ebenfalls deutlich begrenzter als in den früheren Westbezirken wie zum Beispiel Charlottenburg-Wilmersdorf (182). Der Durchschnittswert beträgt 141. Die Ostbezirke liegen bis auf Pankow alle unter 100, die

Westbezirke, abgesehen von Spandau, über 100. Der Bezirk Mitte mit den höchsten Anteilen an Ausländern und Menschen mit Migrationshintergrund führt mit 210 Fällen die Rangliste an. Da die Berliner Statistik die Auswirkungen auf Ausländer und Personen mit Migrationshintergrund nicht gesondert veröffentlicht, bleibt offen, ob der vergleichsweise hohe bzw. niedrige Migrationsanteil in den West- und Ostbezirken eine Rolle für die unterschiedliche Ausbreitung des Virus spielt. Das gleiche gilt für die Differenz zwischen westlichen und östlichen Bundesländern.

Da es bisher keine detaillierten Untersuchungen für die Ursachen der skizzierten unterschiedlichen Betroffenheiten gibt, kann hier nur spekuliert werden. Ein Grund könnte sein, dass Ostdeutschland immer noch wesentlich ländlicher geprägt ist und sich das Virus in Großstädten schneller ausbreitet. In den ostdeutschen Ländern leben 116 Einwohner pro km², in Westdeutschland doppelt so viele.¹ Ein zweiter Grund könnte im Reiseverhalten begründet sein, da zum Beispiel deutlich mehr Menschen aus Bayern und Baden-Württemberg oder Hamburg zu Beginn der Verbreitung des Virus in Österreich zum Skifahren waren. Ein dritter Grund wäre die geringere innerdeutsche Mobilität ostdeutscher Personen.

Des Weiteren wird genannt: Ostdeutsche inklusive Ost-Berliner sind disziplinierter als Westdeutsche, West-Berliner und Ausländer und halten sich dementsprechend strikter an Maßgaben und Vorschriften. Denkbar ist auch, dass sich im Osten nicht so viele bei leichten Krankheitsanzeichen bei Ärzten gemeldet und einem Test unterzogen haben. Schließlich spekulieren einige Ostdeutsche, dass insbesondere bei älteren Ostdeutschen wegen der verglichen mit der Bundesrepublik zahlenmäßig höheren Impfungen in der DDR das Immunsystem stärker sein könnte als im Westen. Ähnliche Unterschiede zwischen Ost und West gab es bei der Häufigkeit von Allergien, die in der DDR weitaus seltener als in der Bundesrepublik auftraten. Wissenschaftler sprachen von einer »Hygienehypothese«: Je keimfreier Kinder in ihren ersten Lebensjahren aufwachsen, desto eher neigt ihr Immunsystem später zur Überreaktion auf Erreger und Allergene.

Wahrscheinlich spielen bei der Verbreitung von Covid-19 mehrere Faktoren eine Rolle. Genauer lässt sich aber erst sagen, wenn Forscher Befragungen durchführen und Zusammenhänge herstellen. Bei jetzigem Wissensstand scheinen mir insbesondere zwei Aspekte entscheidend zu sein: die ländlichere Siedlungsstruktur in Ostdeutschland und die stärker ausgeprägte Disziplin vieler Ostdeutscher, sich an Vorschriften und Vorgaben zu halten.

Das Buch möchte aufzeigen, in welcher Weise und warum Ost-West-Unterschiede in der Mentalität und der Bewertung verschiedener Facetten der Gesellschaftsordnung zumindest bei nennenswerten Minderheiten bis heute noch vorhanden sind. Gleichzeitig soll beschrieben werden, wie die Nachwirkungen der deutschen Teilung den Transformationsprozess nach der Wiedervereinigung beeinflusst haben.

Mein Dank gilt dem Verleger Willi J. Lau und seinem Sohn Patrick Lau, die mein Angebot trotz der kurzen Frist für die Reihe Olzog Edition in ihrem Verlag ohne Zögern annahm. Meine Frau Monika gab kritisch-konstruktive Anmerkungen und ermöglichte durch eine umfassende Lektoratstätigkeit die Fertigstellung des Buches in vergleichsweise kurzer Zeit. Cornelia Bronder sorgte mit der ihr eigenen Sorgfalt und Schnelligkeit für die technische Herstellung des Manuskripts, Lucas Hellemeier führte Recherchen zu einzelnen Aspekten der Argumentation durch, Alison Weiß erstellte einige Schaubilder. Mein langjähriger Freund Peter März gab mir Hinweise zu einzelnen Aspekten und kritische Anmerkungen zum Schlusskapitel. Ihnen gilt mein besonderer Dank!

Dieses Buch zur jüngsten deutschen Geschichte widme ich meinen Enkeln, die unser Leben in vielfältiger Weise bereichern.

Berlin, im April 2020

Einleitung

Selbst dreißig Jahre nach der Wiedervereinigung sind sich viele Menschen in Ost und West fremd geblieben, schimmern ihre unterschiedlichen Befindlichkeiten und Auffassungen über Politik und Gesellschaft durch und finden nicht zuletzt Niederschlag in einem unterschiedlichen Wahlverhalten. Links- und rechtspopulistische Parteien erleben im Osten deutlich stärkeren Anklang als im Westen. Gleiches gilt für den Rechtsextremismus, während der Linksextremismus vor allem in einigen westdeutschen Großstädten größere Bedeutung als der Rechtsextremismus hat. Gleichwohl ist sich, was oft übersehen oder unterschlagen wird, eine breite Mehrheit in beiden Landesteilen einig, dass die Wiedervereinigung Anlass zur Freude und nicht zur Sorge ist. Die Vergangenheit, die Teilung des Landes, und der Wiedervereinigungsprozess hinterlassen jedoch weiterhin Spuren, die verhindern, dass entstandene Gräben zugeschüttet werden können.

Dieses Buch befasst sich mit den diametralen Prägungen in unterschiedlichen, in vielen Bereichen sogar gegensätzlichen Systemen, mit dem damit verbundenen innerdeutschen Wettbewerb der politischen, ökonomischen, sozialen und gesellschaftlichen Ordnungen, der letztlich ein Kampf der Systeme war, sowie mit der Entwicklung nach der Wiedervereinigung insbesondere im Osten, weniger im Westen.

Die DDR – der kleinere deutsche Teilstaat – verabschiedete sich am 3. Oktober 1990 nach 41 Jahren von der Bühne der Geschichte. Die Bundesrepublik, die sich immer als deutscher Kernstaat und als Staat für alle Deutschen verstanden hatte, nahm auf Antrag der einzigen frei gewählten Volkskammer der DDR die inzwischen formal gebildeten neuen Länder in ein wiedervereinigtes Deutschland auf. Die Verfassung der Bundesrepublik, das Grundgesetz, das sich über Jahrzehnte als Verfassung bewährt hatte, wurde ebenso wie die poli-

tischen und gesellschaftlichen Institutionen im wiedervereinigten Deutschland beibehalten. Die Wiedervereinigung war ein Beitritt der DDR zur Bundesrepublik, weder ihre Übernahme und noch ihr Anschluss oder gar eine Einverleibung. Aufgrund der unterschiedlichen politischen und ökonomischen Ausgangslage konnte sie jedoch nicht auf Augenhöhe erfolgen.

Für die meisten Westdeutschen ging das Leben, abgesehen von erheblichen finanziellen Einbußen, weiter wie zuvor, für Ostdeutsche änderte sich nahezu alles. Sie mussten ins kalte Wasser der neuen Ordnung springen und sich neu orientieren. Während die älteren Ostdeutschen 57 Jahre in unterschiedlichen, nicht gleichzusetzenden Diktaturen lebten, hatten sich die Westdeutschen dagegen nach zwölf Jahren nationalsozialistischer Diktatur an die freiheitliche Demokratie gewöhnen können. Sie taten sich anfangs schwer, die neue Ordnung positiv zu werten, aber mit dem ökonomischen Aufschwung, dem sogenannten Wirtschaftswunder, und dem Ausbau des Sozialstaates wuchs die Akzeptanz deutlich an. Die parlamentarische Demokratie galt spätestens seit den frühen 1960er-Jahren nahezu bei allen als Synonym für Freiheit und Wohlstand. Zweifel an der Überlegenheit ihres Systems gegenüber dem sozialistischen der DDR hegten nur wenige politisch weitgehend bedeutungslose Parteien und Gruppen.

Die Annahme, der Erfolg des eigenen Systems werde das andere zum Einsturz bringen, vertraten lange Zeit führende Politiker in West und Ost. Die beiden Deutschlands bildeten gleichsam die Speerspitzen im jahrzehntelangen Kampf der Systeme, den die freiheitlichen Demokratien des Westens gegen die sozialistischen Diktaturen des Ostens gewannen. Je länger die Teilung zurück liegt, desto blasser wird jedoch die Erinnerung, warum das westliche Gesellschaftsmodell siegreich war. Ja, im wiedervereinigten Deutschland besteht heute sogar die Gefahr, dass die Erfolgsrezepte in Vergessenheit geraten.

Anhand verschiedener zentraler und besonders signifikanter Ereignisse rekonstruiert das zweite Kapitel, warum die Bundesrepublik der DDR in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen überlegen war und für Millionen Menschen, die von Ost nach West flohen, zum Anziehungspunkt und für die Mehrzahl der Verbliebenen zum Wunschtraum wurde.

Als sich die beiden deutschen Staaten im Jahr 1949 gründeten, waren die Weichen für unterschiedliche politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnungen bereits gestellt. Das Modell Bundesrepublik fußte auf einer freiheitlichen Demokratie mit einer sozialen Marktwirtschaft, das ostdeutsche auf einer sozialistischen Ein-Parteien-Diktatur mit zentralistischer Planwirtschaft. So standen sich von 1949 bis 1990 zwei deutsche Staaten gegenüber, die auf konträren politischen Ordnungsprinzipien fußten: Gewaltenteilung versus Gewalteneinheit, föderaler Staatsaufbau versus Zentralstaat, Parteienkonkurrenz versus Einheitspartei und politische Gleichschaltung, Wettstreit der Ideen versus Erkenntnismonopol, Freiheit versus Zwang und Gewaltandrohung sowie einklagbare Grund- und Menschenrechte versus Unterordnung dieser Rechte unter das von der SED definierte angebliche »Wohl des Volkes«. Gleiches gilt für die Wirtschaftsordnung: Der sozialstaatlich gezähmte Kapitalismus, die soziale Marktwirtschaft, legte den Grundstein für eine Wohlstandsexplosion, die auf verstaatlichten Betrieben fußende zentralistische Planwirtschaft lieferte Ergebnisse, die im Laufe der Jahrzehnte immer weiter hinter denen des Westens zurückblieben.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) war anders als viele Nachgeborene aufgrund ihres Namens annehmen, keine sozialistische, sondern eine genuin kommunistische Partei nach sowjetischem Vorbild. Sie reklamierte für sich die Führungsrolle und eine historische Mission und definierte sich als Vollstreckerin geschichtlicher Gesetzmäßigkeiten. Auf der Tagesordnung standen die Überwindung des Kapitalismus, der Aufbau des Sozialismus und der spätere Übergang zum Kommunismus. In diesem Verständnis war »Freiheit« allenfalls die Einsicht in die Notwendigkeit historischer Entwicklungsprozesse.

Zu dem kommunistischen Ideal einer politisch und sozial homogenisierten Gesellschaft passten nur Individuen, die sich entsprechend den von der Partei vorgegebenen »gesellschaftlichen Erfordernissen« verhielten. Im Vordergrund herrschte in allen Institutionen des Bildungssystems vom Kindergarten bis zur Universität das Bestreben, das Individuum in ein Kollektiv einzufügen, um die Werte der sozialistischen Gesellschaft hoch zu halten und die Entwicklung der Individuen zu steuern und zu kontrollieren.

Die weitgehende Kollektivierung sozialer Beziehungen sollte Konformität auch jenseits repressiver Maßnahmen herstellen. Die SED strebte die ideologische Vervollkommnung des Einzelnen zum »neuen Menschen« bzw. zur »sozialistischen Persönlichkeit« an. Die immer wieder propagierte Formel von der Notwendigkeit der »Arbeit mit den Menschen« stand für einen umfassenden Erziehungsanspruch und damit auch für die Aufrechterhaltung einer Erziehungsdiktatur. Ob und in welchem Maß das über die Jahrzehnte der DDR-Existenz gelungen ist, lässt sich nicht ermesen, da die äußere Fassade der Anpassung und des Konformismus bei vielen nicht unbedingt identisch war mit den nur in kleinem (mutmaßlich) vertrautem Kreis geäußerten Auffassungen.

Die wirtschaftliche und soziale Umgestaltung der Gesellschaft erstickte private Initiativen jenseits staatlicher Vorgaben. Wie in der politischen Sphäre existierte auch in der Wirtschaft kein Wettbewerb. Die von der Kommunistischen Partei gesteuerte Staatliche Plankommission gab die Richtung für die Wirtschaftssubjekte detailliert vor. Da eine zentralistische Planwirtschaft keine freie Preisbildung kennt, sondern auf administrative Preise setzt, die bestenfalls zufällig Knappheitsrelationen widerspiegeln, mündet sie zwangsläufig in dem Versuch der »Diktatur über die Bedürfnisse« (Agnes Heller). Doch dieser Versuch scheiterte in der DDR ebenso wie in den anderen vom sowjetischen Sozialismusmodell geprägten Staaten.

Die Monopolpartei maßte sich an, den Menschen vorzuschreiben, wie sie zu leben hatten, um eine »allseits gebildete sozialistische Persönlichkeit« zu werden. Ziel war die Entindividualisierung, die faktisch auf eine Entmündigung hinauslief. Die vom obersten Machthaber Walter Ulbricht 1959 verfassten »zehn Gebote der neuen sozialistischen Sittlichkeit« enthielten konkrete Verhaltensvorschriften, wie der Sozialismus zu erhalten und zu verbessern sei, und was der Einzelne dazu beitragen könnte.

Versteht man Freiheit in einem umfassenden Sinn als weitestmögliche Ausschaltung von Zwängen, dann war die DDR-Gesellschaft vom Gegenteil geprägt. Zwang und Gewaltandrohung sowie freiwillige Unterordnung bestimmten hier letztlich das gesamte Leben, auch wenn dies manchem sozialistischen Untertan im Laufe der Jahrzehnte nicht mehr bewusst war.

Die Bundesrepublik definierte sich von Beginn an als liberale Demokratie mit sozialstaatlichem Einschlag. Die im Grundgesetz niedergeschriebenen Individualrechte sollten die Freiheit und die Würde des Einzelnen garantieren. Der ausdrückliche Einbezug von Interessengruppen in den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess kann als institutionelle Garantie des Pluralismus verstanden werden. Gewaltenteilung und föderaler Aufbau des Staates sollten eine Konzentration der Macht unterbinden. Aus den Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise und der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik resultierte das Modell der sozialen Marktwirtschaft. Einem neo- bzw. ordoliberalen Verständnis entsprechend, setzte der Staat einen Ordnungsrahmen, um den freien Wettbewerb der Wirtschaftssubjekte zu ermöglichen, und etablierte einen Sozialstaat, der die Auswüchse einer entfesselten Marktwirtschaft bändigen sollte. Es handelt sich gleichsam um einen »dritten Weg« zwischen Kapitalismus und Sozialismus, auch »rheinischer Kapitalismus« genannt.

Der Sozialstaat als System umfassender Bestimmungen und Strukturen bildet zusammen mit der Gewaltenteilung, der repräsentativen Konkurrenzdemokratie, des Pluralismus sowie der kapitalistischen Marktökonomie die Grundlage für eine moderne westliche Gesellschaft. Durch seine Umverteilungsfunktion schränkt er zwar die wirtschaftliche Freiheit und damit die Marktergebnisse ein, sichert aber die soziale und politische Stabilität des Gemeinwesens. Wird er jedoch zu stark ausgeweitet, gefährdet er nicht nur seine eigenen finanziellen Grundlagen, indem er die Wirtschaftskräfte, von denen er abhängt, schwächt, sondern entmündigt auch die von seinen Leistungen abhängigen Menschen.

Mit dem Abflauen der kulturellen und mentalen Nachwirkungen des Nationalsozialismus entwickelte sich ab Anfang der 1960er-Jahre eine Gesellschaft, die sich den Werten von Freiheit und sozialem Ausgleich verpflichtet fühlt(e). Schon vor der Jugendrevolte der späten 1960er-Jahre setzte sich der »kritische Bürger« als Bildungsziel durch. Warum gerade zu dem Zeitpunkt, als (nicht nur in der Bundesrepublik) Freiheit, Demokratie und Wohlstand die modernen westlichen Gesellschaften prägten, große Teile der Jugend gegen dieses freiheitlichste System, das je auf deutschem Boden existierte,

rebellierten, ist im Nachhinein selbst vielen Akteuren nicht mehr einsichtig und für viele Nachgeborene jenseits der linken Szene kaum nachvollziehbar.

Angesichts der diametralen Folgen von Überfluss und Mangelwirtschaft entwickelte sich das Verhältnis der Menschen in und zwischen den beiden Deutschlands nicht zueinander und miteinander, sondern auseinander. Soziales Verhalten zur Kompensation alltäglichen Mangels war in der Bundesrepublik seit den 1960er-Jahren nicht mehr nötig. Soziale Netzwerke und nachbarschaftliche Beziehungen entstanden über gemeinsame Interessen und Aktivitäten und kaum wie in der DDR bis zu ihrem Ende über informelle Tausch- und nachbarschaftliche Arbeitsbeziehungen und gemeinsame Betriebszugehörigkeit.

Während sich in der Bundesrepublik eine »nivellierte Mittelschichtsgesellschaft« (Schelsky) herausbildete, entstand in der DDR nach der Vertreibung großer Teile des Bürgertums ein »Land der kleinen Leute«, das mit bürgerlichen Werten nicht viel anfangen konnte. Die neue sozialistische Elite verdankte ihren Aufstieg der SED, die unbedingte Loyalität und Pflichterfüllung erwartete. Die breite Masse der Bevölkerung kann jedoch wie in anderen Systemen auch als »Mittläufer« charakterisiert werden.

Über den Wolken mag die Freiheit grenzenlos sein, auf deutschem Boden ist sie es nicht. Trotz staatlicher Einschränkungen bleibt sie aber das zentrale Prinzip und Lebenselixier für eine zivile Gesellschaft. Doch sie steht nicht allein für diese Gesellschaft. Mit Blick auf die menschenverachtenden Verhältnisse in der sozialistischen Sowjetunion propagierte Albert Camus, der politische Gegenspieler von Jean-Paul Sartre, der in seinen späten Jahren als Maoist agierte, einen Zusammenhang von Freiheit und Gerechtigkeit: »Ein einziges Gut wird unablässig vergewaltigt und prostituiert: die Freiheit. Und dann wird man gewahr, dass zugleich mit ihr überall auch die Gerechtigkeit in den Dreck getreten wird. Für uns alle kann heute nur eine einzige Parole gelten, in nichts nachgeben, was die Gerechtigkeit betrifft und auf nichts verzichten, was die Freiheit angeht.«¹ Diese Auffassung ist mein Ausgangspunkt und Kriterium für die Betrachtung der deutschen Teilungs- und Wiedervereinigungsgeschichte.

Ob und wie »Freiheit« tatsächlich als gesellschaftliches Prinzip wirksam ist, zeigt sich im Umgang der Mehrheit mit Minderheiten. Eine freiheitlich-demokratische, mithin zivile Gesellschaft schützt Minderheiten in besonderer Weise und gestattet das Recht auf Dissidenz und Meinungspluralismus. Grenzen der Freiheit setzt nur die Verfassung, die gerade diese Freiheit garantiert. Wer sie abschaffen will, muss daran gehindert werden – allerdings erst dann, wenn verfassungsfeindliche Auffassungen in entsprechende Aktivitäten umschlagen. Das ist das Grundprinzip einer streitbaren Demokratie.

Im geteilten Deutschland entschied sich letztlich der Kampf der gegensätzlichen Systeme. Die Sowjetunion ging davon aus, dass sich der Sozialismus in der DDR als überlegen erweisen würde, sonst sei das Ende des Sozialismus/Kommunismus absehbar. Um ihrer Aufgabe gerecht werden zu können, schottete sich die DDR gegen den Westen ab. Im August 1961 begannen der Bau der Berliner Mauer und die vollständige Einbetonierung des SED-Staates; knapp drei Jahrzehnte später brachen erst die DDR und die anderen Satellitenstaaten und dann die Sowjetunion selbst zusammen. Die Freiheit hatte über ihre Feinde gesiegt. Wie und warum das der Fall war, soll ebenfalls im ersten Teil dieses Buches aufgezeigt werden. Dabei beschränke ich mich auf die wesentlichen Entwicklungslinien und Strukturen in den beiden Staaten und Gesellschaften, die sie einerseits prägten und andererseits eine hervorgehobene Rolle im Kampf der Systeme spielten.

Ein kurzer Abschnitt spricht das im Laufe der Jahrzehnte Verblasen der Wiedervereinigung als Ziel an. In der Bundesrepublik hielt seit den 1970er-Jahren eine Mehrheit der Bevölkerung eine Wiedervereinigung in absehbarer Zeit nicht mehr für möglich. Sozialdemokratische Politiker erklärten sie für eine politische Lebenslüge. In der DDR hofften zumindest im Geheimen diejenigen, die lieber so wie im Westen leben wollten, auf einen Zusammenbruch des Systems; im Laufe der Jahre schwanden jedoch auch ihre Hoffnungen. Millionen Menschen verließen zwischen 1949 und 1989 den SED-Staat Richtung Westen.

Auf die Teilungsgeschichte folgt im dritten Kapitel die Schlussbilanz der DDR, die die Fakten, aber auch die Wunschbilder vieler Ostdeutscher im Blick zurück thematisiert. Die Realität der DDR wird

anhand nachprüfbarer Fakten und Daten dargelegt und damit konfrontiert, wie dieser Staat in den Erzählungen vieler – beileibe nicht aller – Ostdeutscher als soziales Wunschbild wieder auferstand.

Das vierte Kapitel stellt die innen- und außenpolitischen Rahmenbedingungen des Wiedervereinigungsprozesses in gebotener Kürze dar. Die Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands ohne die ehemaligen Ostgebiete, auf die die Bundesrepublik keine Ansprüche mehr erhob, erfolgte nicht auf Augenhöhe, sondern es war der Beitritt eines gescheiterten zu einem erfolgreichen System.

Selbst als 1988/89 das Schwächeln des sowjetischen Imperiums nicht zu übersehen war, diskutierten Politiker und Publizisten oder gar Wissenschaftler der Bundesrepublik nicht über die Möglichkeit einer Wiedervereinigung. Wer das Thema ansprach, galt als »Kalter Krieger«. In den USA dagegen erkannte die Administration unter Präsident Bush sen. die Perspektive, das sowjetische System zu bezwingen. Deutschland galt ihr als zentraler Punkt für die Umwälzung in Ost- und Mitteleuropa.

Erst als Tausende Ost-Berliner die Berliner Mauer zum Einsturz brachten, wachten bundesdeutsche Politiker auf, vor allem Kanzler Helmut Kohl, der sehr schnell die Vision einer Konföderation und späteren Wiedervereinigung ins Gespräch brachte. Politiker der SPD und der Grünen waren entsetzt. Kohl ließ sich aber nicht beirren, setzte erst die DDR unter Hans Modrow unter Zugzwang und fädelt im Einvernehmen mit dem US-amerikanischen Präsidenten Bush und dem sowjetischen KP-Generalsekretär Gorbatschow die Wiedervereinigung ein.

Die ersten und einzigen freien Volkskammerwahlen in der DDR, erzwungen durch Massendemonstrationen und Massenflucht, führten zu einem Triumph konservativer Kräfte unter Führung der CDU. Die Verheißung einer schnellen Wiedervereinigung brachte den Wahlsieg.

Das ausführliche fünfte Kapitel beschreibt Voraussetzungen und Folgen des Transformationsprozesses. Dabei stehen die Entwicklungen in den neuen Bundesländern im Vordergrund, in denen sich nahezu alles änderte. Die Ostdeutschen erlebten Höhen und Tiefen: Ihr individueller Wohlstand stieg schnell an, viele aber verloren zumin-

dest vorübergehend ihre Arbeit und damit auch ihr Selbstwertgefühl. Ein kleiner gesonderter Teil widmet sich der Politik der Treuhand, die bis zum heutigen Tag für viele Ostdeutsche und wenige Westdeutsche als Sündenbock herhalten muss, jedoch, wenn man die Ergebnisse nüchtern betrachtet, erfolgreicher war als gemeinhin unterstellt wird.

Viele Betrachtungen des Transformationsprozesses berücksichtigen wichtige Fakten entweder nicht oder stellen sie in einen verkehrten Zusammenhang, sodass ein falsches oder zumindest irreführendes Bild vom Ergebnis der Transformation entsteht. Aus dem Blickwinkel eines föderalen Systems kann die Transformation mit gutem Recht als Erfolg gewertet werden. In diesem Kapitel werden drei alternative Szenarien zur Wiedervereinigung und dem eingeschlagenen Transformationspfad skizziert, die möglich gewesen wären. Über die Folgen kann selbstverständlich nur spekuliert werden.

Das sechste Kapitel analysiert die weiterhin bestehenden unterschiedlichen Auffassungen von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Ost und West. Die Übertragung demokratischer Institutionen und Prinzipien erfolgte zwar reibungslos, aber ihre Akzeptanz teilt bis heute eine nennenswerte Minderheit in Ostdeutschland nicht. Dargelegt wird, wo weiterhin Unterschiede bestehen und welche Gründe diese haben.

Der zweite Teil dieses Kapitels befasst sich mit den wechselseitigen Vorurteilen, die auch dreißig Jahre nach der Einheit fortbestehen. Viele Ost- und Westdeutsche hegen weiterhin Vorbehalte gegenüber ihren Landsleuten. Sie gehen davon aus, dass das Zusammenwachsen nur bedingt gelungen ist und die Unterschiede weiterhin die Gemeinsamkeiten überlagern. Warum das eigentlich nicht sein sollte, aber dennoch so ist, wird hier erklärt.

Das Fazit fasst die wichtigsten Argumentationslinien der einzelnen Kapitel noch einmal kurz zusammen und verknüpft die Nachwirkungen der Teilungsgeschichte als Kampf der Systeme mit den Entwicklungen nach der Wiedervereinigung. Es stellt und beantwortet zudem die Frage: »Wer sind wir, wohin wollen wir?«

Die Darstellung und Bewertung des geteilten und wiedervereinigten Deutschlands basiert weitgehend auf der Methode der von Hans Rosling begründeten »faktengestützten Weltsicht«. Der Ansatz geht

davon aus, dass die meisten Menschen kaum Wissen über die Realität in der Welt haben und Tatsachen selten umfassend zur Kenntnis nehmen. Sie verbreiten ihr Geschichts- und Weltbild unabhängig von Fakten, sind gleichsam faktenresistent.

Argumentationen auf Basis von Durchschnittswerten stehen immer in der Gefahr, dass Ergebnisse von vielen Menschen nicht akzeptiert werden, da sie andere Erfahrungen oder Beobachtungen gemacht haben – so Roslings Hinweis: »Durchschnitte sind irreführend, weil sie eine Bandbreite (eine Reihe unterschiedlicher Zahlen) durch eine einzige Zahl verdecken. Wenn wir zwei Durchschnitte vergleichen, laufen wir Gefahr, uns selbst noch weiter in die Irre zu führen, indem wir uns auf den Unterschied zwischen diesen zwei Zahlen konzentrieren und dadurch die sich überschneidenden Bandbreiten übersehen, die Zahlenwerte, die sich überlappen und den jeweiligen Durchschnitt bilden. Das heißt, wir sehen eine Kluft, die in Wirklichkeit gar nicht vorhanden ist.«²

Bezogen auf den Transformationsprozess nach 1990 und den Vergleich zwischen der Entwicklung in Ost und West impliziert dies, dass Abweichungen um einige Prozentpunkte bei bestimmten Dimensionen keineswegs eine generell konträr verlaufende Entwicklung bedeuten, sondern nur Differenzen in die eine oder andere Richtung. Rosling warnt vor zu schnellen Verallgemeinerungen und plädiert dafür, auf Unterschiede innerhalb von Gruppen zu achten und nicht eine absolute Mehrheit für das Ganze zu nehmen.

Über Rosling hinaus halte ich es für wichtig, wenn nicht unabdingbar, die Erhebung der Fakten und ihre Interpretation näher zu beleuchten. Bei der Betrachtung der Anteile für Armut und Niedriglohnbeschäftigung ist es beispielsweise sinnvoll und adäquat, die Daten am regionalen und nicht am bundesweiten Median zu messen. Bezogen auf die materielle Situation führt die Vernachlässigung der regionalen Kaufkraft zu irreführenden Ergebnissen und Bewertungen. Anders sieht das Bild bei Verhaltensweisen aus, wie etwa beim Wahlverhalten. Hier geht es um die Erklärung von Differenzen durch den Hinweis auf unterschiedliche Erfahrungen und Motivationen. Schließlich darf nicht vergessen werden, dass nicht wenige Einschätzungen des Wiedervereinigungs- und Transformationsprozesses wie

generell politische und gesellschaftliche Initiativen interessengeleitet sind. Bei der Analyse muss es um die Lebenswirklichkeit gehen und nicht um die Suche nach der Bestätigung einer politisch-ideologisch begründeten Weltansicht.

Meine Argumentation stützt sich auf zahlreiche eigene Beiträge zum geteilten Deutschland, insbesondere zur Entwicklung in der DDR und zur Wiedervereinigung. Manches vor Jahren Geschriebene gilt auch heute noch, anderes habe ich ergänzt, nicht zuletzt durch die Ergebnisse meiner Forschungsarbeiten.

Mit diesem Buch betrete ich Neuland, da es bisher keine Darstellung der jüngsten deutschen Geschichte gibt, die gleichermaßen Teilung und Wiedervereinigung in den Blick nimmt. Die vorliegenden Schriften, zum Beispiel von Manfred Görtemaker, Heinrich August Winkler, Hans-Ulrich Wehler oder Hubert Kleinert befassen sich mit der westdeutschen Geschichte, die zumeist mit der Wiedervereinigung endet. Die Wiedervereinigung und der Transformationsprozess bleiben weitgehend ausgespart oder werden nur am Rande erwähnt. Diese Lücke will dieses Buch schließen.

I.

DAS GETEILTE DEUTSCHLAND

Nach Kriegsende lag Deutschland politisch, wirtschaftlich und moralisch am Boden. Angesichts vieler Kontinuitäten gab es zwar keine »Stunde Null«, aber der Aufstieg aus dem selbst verschuldeten Elend war in den ersten Nachkriegsjahren für viele Menschen geradezu grauenhaft. Doch in allen Besatzungszonen zeigte die Bevölkerung schon bald eine Vitalität, die nicht unbedingt zu erwarten war.

1. Das nationalsozialistische Erbe und die Konstituierung zweier gegensätzlicher Systeme

Der vom nationalsozialistischen Deutschland entfesselte Zweite Weltkrieg führte die Kriegsgegner des Deutschen Reiches zu einem Zweckbündnis – der »Anti-Hitler-Koalition« – zusammen, dem es bis Kriegsende jedoch nicht gelang, gemeinsame Vorstellungen für ein Nachkriegsdeutschland zu entwickeln. Da das nationalsozialistische Regime bis zum Schluss seine Herrschaft nahezu ungeschmälert aufrechterhalten konnte, führten erst das »moral bombing« und die »bedingungslose Kapitulation« zum Zusammenbruch der NS-Herrschaft, der zugleich auch das vorläufige Ende der deutschen Staatlichkeit bedeutete. Von der Politik der alliierten Siegermächte hing das weitere Schicksal Deutschlands ab. Das aus unterschiedlichen Interessenlagen resultierende und trotz der militärischen Zusammenarbeit fortbestehende Misstrauen zwischen den westlichen Alliierten und der Sowjetunion verhinderte jedoch eine gemeinsame Deutschlandpolitik.

Die Geschicke Deutschlands lagen seit dem 8. Mai 1945 in den Händen der Alliierten; eine schnelle Rückkehr der Deutschen in die Gemeinschaft zivilisierter Staaten war nicht absehbar. Die deutsche Gesellschaft hatte mit der perfektionierten und hochindustrialisierten Barbarei so offensichtlich Schuld auf sich geladen, dass ein Aufbau des zerstörten Landes nur mit neuen Prinzipien und nach einem Bruch mit früheren Traditionen möglich schien. Die Zerstörung des deutschen Staates als Folge der nationalsozialistischen Politik, sowie der nur geringe und zugleich erfolglose Widerstand bildeten wesentliche Voraussetzungen für die deutsche Teilungsgeschichte von 1945 bis 1990.

Stalin hielt sich mehrere Optionen offen. In dem Maße, in dem ihm ein unter sowjetischem Einfluss stehendes Gesamtdeutschland unwahrscheinlicher erschien, forcierte er die Errichtung eines sowjetisierten deutschen Teilstaates. Ziele sowjetischer Politik waren die Gewährleistung der eigenen Sicherheitsinteressen durch die Entmilitarisierung Deutschlands, Reparationen für den ökonomischen Wiederaufbau in der Sowjetunion und die Ausdehnung ihres Macht- und Einflussbereiches bis in die Mitte Europas. Ein strategisches Gesamtkonzept für die Zukunft Deutschlands existierte hingegen nicht.

Unter den westlichen Alliierten bestand keineswegs Einigkeit darüber, was aus ihren Besatzungsgebieten werden sollte. Sie fürchteten zudem das Nachwirken des Nationalsozialismus in Nachkriegsdeutschland in Gestalt von illegalen Widerstandsgruppen. Die USA forderte ihre Besatzungstruppen mit eindringlichen Worten auf, nicht mit den Deutschen zu fraternisieren. »Es muss den Deutschen klar gemacht werden, dass Deutschlands rücksichtslose Kriegsführung und der fanatische Widerstand der Nazis die deutsche Wirtschaft zerstört und Chaos und Leiden unvermeidlich gemacht haben und dass sie nicht der Verantwortung für das entgehen können, was sie selbst auf sich geladen haben. Deutschland wird nicht besetzt zum Zwecke seiner Befreiung, sondern als ein besiegter Feindstaat.«¹

Die Deutschen passten sich jedoch überraschend schnell der neuen Situation an, sodass insbesondere die USA schon ein Jahr nach Kriegsende überlegten, zumindest den größeren Teil Deutschlands in den Westen zu integrieren und ihm ihr Gesellschaftsmodell zu

übertragen. Im September 1946 signalisierte der US-amerikanische Außenminister James F. Byrnes, Deutschland könne Teil des Westens werden. Anders als in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) setzten die Westalliierten auf freiwillige Kooperation und Integration.

Beide Staatsgründungen erfolgten nach unterschiedlichen Vorgaben der jeweiligen Besatzungsmächte, deren Zusammenarbeit in der »Anti-Hitler-Koalition« sich bald nach Kriegsende in eine konfrontative Polarisierung gewandelt hatte, die in den Kalten Krieg mündete. Das geteilte Deutschland war freilich nicht Auslöser der Blockkonfrontation zwischen den von der Sowjetunion und den USA geführten Lagern, sondern Objekt und später teilweise Mitgestalter dieser Entwicklung.

Trotz vorhandener Bezüge zur Geschichte der Deutschen vor 1933 und ungeachtet der von der Bundesrepublik proklamierten Rechtsnachfolge des Deutschen Reichs stellten beide Staaten Neugründungen dar. Die unterschiedlich gestaltete und legitimierte Einbindung in die jeweilige Blocklogik und die Unterordnung unter die Politik der beiden Führungsmächte dominierten mehr als jeder andere Faktor die deutsche Teilungsgeschichte. Das jahrzehntelange Leben in diametral entgegengesetzten Systemen prägte selbstverständlich auch die Erfahrungen und Verhaltensweisen der jeweiligen Bevölkerung. Der Systemwettbewerb zwischen Demokratie und Diktatur und zwischen Marktwirtschaft und Sozialismus entwickelte sich zu einem Kampf der Wertesysteme und Lebensweisen.

Neben den weltweit lokal oder regional gewaltsam ausgetragenen Konflikten der beiden Blöcke konzentrierte sich die Auseinandersetzung der Systeme vor allem auf den wirtschaftlichen und sozialen Bereich. Chruschtschow und Ulbricht propagierten die Überlegenheit des Sozialismus und wollten die USA bzw. die Bundesrepublik gar überholen, ohne sie einzuholen. Aber gerade hier erlitt der Realsozialismus Jahrzehnte später seine entscheidende Niederlage. Die Bevölkerung in den sozialistischen Ländern Ost- und Mitteleuropas orientierte sich, auch vermittelt über die Massenmedien, am westlichen Lebensstil und sehnte sich nach Wohlstand und Freiheit.

Der seit 1947 als Kalter Krieg ausgetragene »Weltbürgerkrieg«, der zuvor, anders als Ernst Nolte unterstellte, nicht zwischen zwei, son-

dern zwischen drei Lagern (den westlichen Demokratien, der sozialistisch-kommunistischen Sowjetunion, dem nationalsozialistischen Deutschland) ausgetragen wurde, zwang die westeuropäischen Staaten zu verpflichtenden Gemeinsamkeiten, hinter denen alte Feindschaften und Animositäten zurücktraten und weitgehend verschwanden. Die in der Rückschau überaus erfolgreich verlaufende europäische Integration resultierte zunächst vor allem aus dem Handlungsdruck angesichts der Blockkonfrontation, war aber auch Produkt westeuropäischer Lernprozesse aus den bitteren Lehren zweier Weltkriege. Die supranationalen Gemeinschaften und Bündnissysteme schränkten die nationalstaatliche Souveränität außenpolitisch weitgehend ein, beendeten auf diesem Feld den viel beschworenen, aber keineswegs eindeutigen deutschen Sonderweg und bildeten die Basis für die Verwestlichung der Bundesrepublik und ihrer Bevölkerung.

Wegen seiner potenziellen wirtschaftlichen und militärischen Stärke und seiner geografischen Lage hatte das besiegte Deutschland entscheidende Bedeutung in der Systemauseinandersetzung. Dies erkannten anfangs Stalin und Churchill wahrscheinlich besser als US-Präsident Roosevelt. Spätestens seit 1947 machten aber auch die USA mit Präsident Truman deutlich, dass sie sich dem sowjetischen Expansionsstreben, insbesondere auch in Deutschland, mit aller Entschiedenheit entgegenstellen würden (Truman-Doktrin). Als Legitimation und Kompass für die Gestaltung ihrer internationalen Politik bezog sich die westliche Führungsmacht auf die 1941 entworfene Atlantikcharta, die in Fortführung der Politik Präsident Wilsons aus dem Ersten Weltkrieg ein Selbstbestimmungsrecht der Völker vorsah. Demgemäß setzten die USA als westliche Vormacht auf die »freiwillige Unterordnung« ihrer Bündnispartner, während die Sowjetunion ihr Lager mit Zwang und Gewalt(androhung) zusammenhielt.

Mit dem nationalsozialistischen Erbe gingen die beiden Teile Deutschlands unterschiedlich um. Es gab zwei Wege der Ausgrenzung und Integration ehemaliger Nazis, die Gemeinsamkeiten und Unterschiede aufwiesen.

In den Westzonen verlief die Entnazifizierung anfangs umfangreicher, fiel aber im Ergebnis geringfügiger aus als in der Ostzone und führte bis zum Frühjahr 1946 zur Entlassung von über 300 000 Perso-

nen, die in den nachfolgenden Jahren – auch im öffentlichen Dienst – nach und nach wieder eingestellt wurden, weil die Verantwortlichen befürchteten, dass durch den Verlust vieler belasteter Fachkräfte aus Wirtschaft und Verwaltung das öffentliche Leben nicht hätte funktionsfähig gestaltet werden können. Die Alliierten verurteilten bis 1950 bei den in den westlichen Besatzungszonen durchgeführten Prozessen – die bedeutendsten fanden in Nürnberg statt – über 5000 nationalsozialistische Staatsverbrecher, davon 806 zum Tod.

Zusätzlich wurden etwa 50 000 bis 60 000 für Verbrechen verantwortliche Nationalsozialisten im Ausland verurteilt. Die Durchführung der Verfahren erfolgte überwiegend nach rechtsstaatlichen Prinzipien, allerdings gab es anfangs in einigen ehemals von Deutschland besetzten Ländern Racheaktionen ohne rechtsstaatlichen Hintergrund. Die Bundesrepublik selbst durfte zunächst nur nationalsozialistische Verbrechen gegen Deutsche verfolgen und erhielt erst ab 1955 mit dem »Überleitungsvertrag« die volle Gerichtshoheit.² Bis zum Jahr 1990 leitete die westdeutsche Justiz 98 000 Ermittlungs- und Strafverfahren ein, die zur Verurteilung von knapp 6500 Personen führten.

Mit Beginn des Kalten Krieges liefen die alliierten Entnazifizierungsmaßnahmen recht bald aus. Ehemalige Gefolgsleute des NS-Regimes gelangten in den Westzonen bzw. in der Bundesrepublik in vielen Bereichen sehr schnell wieder auch in höhere Positionen. Als besonders flexibel erwiesen sich dabei führende Wirtschaftsleute, die sich ungeachtet der gegen sie erhobenen Vorwürfe rasch mit den neuen Verhältnissen arrangierten und zur Zufriedenheit der Amerikaner wirtschafteten. Die erste Bundesregierung unter Konrad Adenauer förderte durch verschiedene Gesetze nachhaltig die schnelle Integration ehemaliger Nationalsozialisten. Dieses Vorgehen traf anfangs auf breite Zustimmung in der Bevölkerung, die zwar mit der Bestrafung hoher NS-Funktionsträger einverstanden war, aber keine flächendeckende personelle Ächtung und Bestrafung akzeptierte. Anfang der 1950er-Jahre äußerten sich selbst zu den Nürnberger Prozessen nur noch etwa 10 % der Deutschen positiv. Ein weitreichender gesellschaftlicher Konsens quer durch alle Parteien und gesellschaftlichen Institutionen bis hin zur evangelischen Kirche verschärfte seine Kritik an der Entnazifizierung.³

Dem Ende der Entnazifizierung durch die Westalliierten folgte mit dem Straffreiheitsgesetz von 1949, dem Bundespersonalgesetz von 1950 sowie der Konkretisierung des Artikel 131 des Grundgesetzes im Jahre 1951 die Wiedereinstellung mehrerer Hunderttausend wegen ihrer Mitgliedschaft in der NSDAP entlassener Beamter und Angestellter. Selbst die KPD stimmte im Bundestag diesem Gesetz zu. Nur Angehörige der Gestapo und »Freiwillige« der Waffen-SS blieben offiziell ausgeschlossen, wobei es Mittel und Wege gab, auch diesen Personenkreis wiedereinzustellen. Staatliche Verwaltungen, Justiz, Schulen, der Wissenschaftsbereich etc. verzeichneten Anfang der 1950er-Jahre eher personelle Kontinuitäten als einen Neuanfang. Parallel zur Wiedereinstellung belasteter Personen erging eine Amnestie für kleine und mittlere Straftäter. Die meisten Gesetze hierzu erhielten im Bundestag nahezu immer die Stimmen aller Abgeordneten. Mitte der 1950er-Jahre befanden sich inzwischen auch fast alle diejenigen wieder in Freiheit, die von den Alliierten im Rahmen der Nürnberger Prozesse verurteilt worden waren. Mit erheblicher Intensität betrieben Teile der politischen Klasse die Entlassung inhaftierter Kriegsverbrecher. Das von Eugen Kogon postulierte »Recht auf den politischen Irrtum« entwickelte sich schnell zum Entschuldigungsmotto anpassungsbereiter NS-Verantwortlicher und Mitläufer. Bundeskanzler Adenauer, gewiss kein Freund der Nationalsozialisten, trug diese Politik nicht zuletzt mit Rücksicht auf seine rechtskonservativen Koalitionspartner mit und setzte sie um, indem er in sein zweites Kabinett mehrere ehemalige Nazis aufnahm. Insbesondere die Ernennung von Hans Globke zum Kanzleramtschef war mehr als umstritten und galt vielen Kritikern Adenauers und der Unionsparteien als Skandal.

In allen Fraktionen des Deutschen Bundestags saßen jahrzehntelang ehemalige NSDAP-Mitglieder, so zum Beispiel für die CDU Walter Leisler-Kiep und Kurt Georg Kiesinger, für die CSU Friedrich Zimmermann und Georg Graf Henckel von Donnersmarck, für die SPD Rudi Arndt und Erhard Eppler, für die FDP Hans-Dietrich Genscher und Siegfried Zogelmann. In kleineren Parteien, außer in der KPD, die in der Anfangszeit im Bundestag Mandate hatten, gab es ebenfalls ehemalige Nazis.

Die weitreichende personelle Kontinuität in Führungspositionen führte aber nicht zu einer Renaissance nationalsozialistischen Gedankengutes in den Westzonen und der frühen Bundesrepublik. Kurzfristig erwiesen sich die schnelle Integration der NS-Mitläufer und die Verdrängung der Verbrechen als Erfolg, langfristig jedoch erwuchs hier eine politisch-moralische Hypothek, die, wie die immer neuen Debatten um Schuld und Verdrängung belegen, bis zum heutigen Tag nicht vollständig abgetragen werden konnte. Die Schatten der Vergangenheit liegen noch immer über Deutschland, obwohl es vermutlich kein Land der Welt gibt, das sich so umfassend und selbstquälerisch mit den diktatorischen und verbrecherischen Abschnitten seiner Geschichte auseinandersetzt(e).

Entnazifizierung und Umerziehung der ostdeutschen Bevölkerung unmittelbar nach Kriegsende in der SBZ unterschieden zwischen »aktiven« und »nominellen« NSDAP-Mitgliedern. Bis zum August 1947 erfolgten knapp 400 000 Entlassungen bzw. Nichtwiedereinstellungen belasteter Personen. Die über 250 Entnazifizierungskommissionen waren überwiegend mit KPD- bzw. SED-Mitgliedern besetzt. Schon zwei Jahre später wurde dieser Prozess mit dem Befehl Nr. 201 der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) vom August 1947 beschleunigt und zu Ende gebracht. Die Entnazifizierungen betrafen ca. 850 000 der rd. 1,5 Millionen ehemaligen NSDAP-Mitglieder auf dem Gebiet der SBZ. Die zuständigen Behörden enthoben insgesamt etwa eine halbe Million ehemaliger Nationalsozialisten, darunter vier Fünftel aller Richter und mehr als die Hälfte der Lehrer, ihrer bisherigen beruflichen Positionen oder stellten sie nicht wieder ein. Damit waren knapp 3 % der Gesamtbevölkerung direkt von Entnazifizierungsmaßnahmen betroffen. Allerdings enthielten die einschlägigen Statistiken auch in die Westzonen übergesiedelte ehemalige NSDAP-Mitglieder und die mit niederen Parteipositionen. Tatsächlich wurde nur etwa ein Achtel der NSDAP-Mitglieder oder ihrer Gliederungen entlassen. Gleichwohl versuchte die SED der Öffentlichkeit das Bild einer umfassenden Entnazifizierung zu vermitteln.⁴ Nach DDR-Angaben gab es in der SBZ/DDR bis Mitte der 1960er-Jahre etwa 16 000 Anklagen gegen ehemalige NSDAP- und Wehrmachtsangehörige, von denen knapp 13 000 mit

Verurteilungen endeten. Etwa 5000 ehemalige Nationalsozialisten mussten Freiheitsstrafen über drei Jahre verbüßen, in 119 Fällen ergingen Todesurteile.

Der SMAD-Befehl Nr. 35 leitete im Februar 1948 offiziell das Ende der Entnazifizierung in der SBZ ein. Die sowjetische Militärregierung zog damit einen Schlusstrich, obwohl sie die strafrechtlichen Verfahren gegen Nazi- und Kriegsverbrecher weiterführte. Die SED nutzte allerdings diese Prozesse auch zur Entlassung missliebigen Personals aus Wirtschaft und Staat; an dessen Stelle platzierte sie eigene Kader. Dagegen verhalf sie vornehmlich solchen ehemaligen NSDAP-Mitgliedern, die in sowjetischer Kriegsgefangenschaft der nationalsozialistischen Ideologie abgeschworen hatten, zu einer zum Teil steilen Karriere. Hochrangige Medienvertreter wie Günter Kertzsch (stellvertretender Chefredakteur der Parteizeitung »Neues Deutschland«) und Kurt Blecha (Leiter des DDR-Pressesamtes) waren ebenso wie der DDR-Staatsbank-Präsident Horst Kaminsky und verschiedene DDR-Minister Mitglieder der NSDAP. Selbst in der Volkskammer saßen Ende der 1950er-Jahre 66 Abgeordnete, die vormals der NSDAP oder ihren Untergliederungen angehört hatten.⁵ Ehemalige Nationalsozialisten, die sich nun der Sache der Arbeiterklasse widmeten, konnten in der SED wie in den Ministerien rasch wieder Karriere machen; nur die obersten Parteietagen blieben ihnen versperrt.

Verglichen mit den Westzonen belegte die DDR allerdings einen größeren Kreis von NS-Verantwortlichen mit unmittelbaren Sanktionen. Der SED gelang es, die Entnazifizierungsverfahren in einem doppelten Sinn zu instrumentalisieren: einerseits, um die ideologische Formel des Antifaschismus zu erhärten, andererseits, um die Gesellschaft umzugestalten und jede Opposition auszuschalten. Die bloße Behauptung einer NS-Belastung reichte oftmals zur Rechtfertigung von Enteignungen und Entlassungen. Die Kontrollrats-Direktive 38 gab der Partei zudem die Möglichkeit, das Vermögen von »Hauptschuldigen« und »Belasteten« einzuziehen.

Letztlich erfolgte in Ost und West die Integration ehemaliger Nationalsozialisten in das politische und gesellschaftliche Leben nach einem ähnlichen Strickmuster. Die Parteien öffneten ihre Türen zumindest für einfache ehemalige Parteigenossen recht schnell. Die SED

gründete sogar darüber hinaus eine formal eigenständige »Nationaldemokratische« Partei, um ehemalige Parteigänger des NS-Regimes und frühere »Deutschnationale« zu integrieren. Allerdings dürften schon in den frühen 1950er-Jahren mehr ehemalige Nationalsozialisten Mitglied in der Sozialistischen Einheitspartei als in der von ihr gelenkten NDPD gewesen sein.⁶ In der Bundesrepublik fanden NS-Belastete eher in der CDU/CSU und vor allem in der FDP als in der SPD eine neue politische Heimat. Selbstredend konnten ehemalige Nationalsozialisten in einem freiheitlich-pluralistischen und von Parteienkonkurrenz geprägten System mit einer freien Marktwirtschaft schneller wieder in Führungspositionen gelangen als in einer totalitären Gesellschaft, in der das politische Machtzentrum alle wesentlichen Funktionen besetzte. Vergessen werden sollte aber nicht, dass es sich bei vielen ehemaligen Nationalsozialisten um Karrieristen oder um junge verblendete Menschen handelte. Die Zahl aktiver und im Innersten überzeugter ehemaliger NSDAP-Mitglieder dürfte in Ost und West insofern wesentlich kleiner gewesen sein.

Politiker beider deutscher Staaten benutzten Gleichsetzungen mit dem Nationalsozialismus/Faschismus zur Herabwürdigung der Kontrahenten jenseits der innerdeutschen Grenze. Der SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher nannte Kommunisten »rotlackierte Nazis« und Konrad Adenauer warnte vor der bolschewistischen Gefahr. Der »Antifaschismus« der SED wiederum schlug schnell in einen aggressiven Antikapitalismus um, wobei man sich auch traditionell »rechter« Kritik am westlichen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem bediente. Die Aversion gegen einen »wurzellosten Kosmopolitismus«, der allein den Interessen des Finanzkapitals entspreche, verbunden mit nationalistischen und antizionistischen Argumentationsweisen, knüpfte dabei in erschreckendem Maße an entsprechende Stereotypen der Nationalsozialisten an.